

19. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Dr. Kristin Brinker (AfD)**

vom 26. September 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. September 2023)

zum Thema:

**Medizintechnologie – Standort Berlin**

und **Antwort** vom 12. Oktober 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Okt. 2023)

Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe

Frau Abgeordnete Dr. Kristin Brinker (AfD)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16843  
vom 26.09.2023  
über Medizintechnologie – Standort Berlin

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Ein Teil der folgenden Antworten basiert auf Informationen der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH.

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Die Medizintechnikindustrie stellt einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor in Deutschland dar mit einem hohen Wachstumspotenzial und einer erfolgreichen Entwicklung auf dem nationalen und auch internationalen Markt. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung von zukünftigen Herausforderungen wie demographischer Wandel und treibt zudem Innovationen in Schlüsseltechnologien voran. Etwa 10 Prozent ihres Umsatzes investieren deutsche Medizintechnikunternehmen in Forschung und Entwicklung, d. h., doppelt so viel wie ein durchschnittliches Industrieunternehmen<sup>1</sup>. Dennoch befindet sich auch die sogenannte *MedTech*-Branche vor großen Unsicherheiten, die teilweise auf regulatorische bzw. gesetzgeberische, aber auch auf gesellschaftliche Veränderungen beruhen. So appellieren (nicht nur<sup>2</sup>) Med-Tech-Verbände in Verbindung mit dem geplanten PFAS-Verbot<sup>3</sup> an die deutsche Gesundheitspolitik, die Brüsseler Initiative „eiligst in den Blick“ zu nehmen und sich in das Verfahren einzuschalten, um „pauschale Regelungen ganzer Stoffgruppen“<sup>4</sup> zu verhindern.

---

<sup>1</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz – Schlüsseltechnologien [Medizintechnik](#).

<sup>2</sup> Verbände warnen: Kein Windrad oder E-Auto ohne Ewigkeits-Chemikalien. FAZ/03.08.2023.

<sup>3</sup> PFAS stellen für die Medizintechnik Hochleistungs-Werkstoffe dar, die entscheidende medizinisch-technische Fortschritte der letzten Jahrzehnte überhaupt erst ermöglicht haben.

<sup>4</sup> [Gemeinsame Pressemeldung BVMed und SPECTARIS](#) – BVMed und SPECTARIS schlagen bei PFAS Alarm | Pauschales Verbot gefährdet die Gesundheitsversorgung mit lebensnotwendigen Medizinprodukten. (BVMed, 23.05.2023).

1. Welche Bedeutung misst der Senat der Medizintechnikbranche für den Standort Berlin aktuell bei?

Zu 1.: Als eine Teilbranche der Gesundheitswirtschaft hat die Medizintechnik auch für den Gesundheitsstandort Berlin eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung. So waren laut Life Sciences Report 2022/23 in der Hauptstadtregion 356 Medizintechnik und Digital-Health-Unternehmen mit ca. 14.700 Beschäftigten vertreten. Unter den vornehmlich klein- und mittelständisch geprägten Unternehmen befinden sich in ihren jeweiligen Bereichen auch Weltmarktführer. Die Medizintechnik ist und bleibt damit in der Berliner Wirtschaft fest verankert.

2. Wie stellt sich die volkswirtschaftliche Bedeutung der Medizintechnikbranche in Berlin sowie bezogen auf die Entwicklung der Branche in den letzten zehn Jahren dar? (Bitte um Quantifizierung der Bedeutung unter Angabe der Unternehmenszahl, des Umsatzes, der Exportquote, der Beschäftigungsstärke sowie weiterer wirtschaftsrelevanter Eckdaten/Kennzahlen).

Zu 2.: Für die Gesundheitswirtschaft im Land Berlin weist der Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung seit 2012 einen positiven Verlauf auf. 2012 bei 13,9 Prozent gelegen, liegt er seit 2019 bei rund 20 Prozent und hat Ende 2021 einen Anteil von 21,9 Prozent erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Berliner Gesundheitswirtschaft ist dabei von rund 296.000 Beschäftigten (2012) auf rund 374.000 Erwerbstätige im Jahr 2021 angestiegen.

Laut BVMed Branchenreport 2022 (April 2023) betrug der Anteil der Exporte der Gesundheitswirtschaft der Bundesrepublik im Jahr 2022 knapp 9,9 Prozent aller deutschen Exporte. Der durchschnittliche jährliche Anstieg der Exporte lag dabei in den letzten zehn Jahren mit durchschnittlich 4,6 Prozent jährlich höher als jener der Gesamtwirtschaft (3,5 Prozent).

Für die Medizintechnik liegen Zahlen bis 2015 vor und die gestiegene Zahl bestehender Unternehmen weist auf die Stärke der Branche hin: Waren im Mai 2015 in der Hauptstadtregion 295 Unternehmen mit knapp 12.600 Beschäftigten vorhanden, so ist diese Zahl bis Ende 2022 auf 356 Unternehmen gewachsen, das entspricht einem Anstieg von rund 20 Prozent in etwas mehr als sieben Jahren. 60 Unternehmen wurden in diesem Zeitraum neu gegründet und Ende 2022 arbeiteten rund 2.100 Beschäftigte mehr in der Medizintechnik als 2015. In den letzten Jahren gewann dabei auch das Digital Health Ökosystem der Hauptstadtregion zunehmend an Bedeutung.

3. Wie schätzt der Senat die Entwicklung bzw. Wachstumsprognosen der MedTech-Branche in den kommenden Jahren in Berlin ein?

Zu 3.: Auch dem Berliner Senat ist es nicht möglich, diese Frage aufgrund ihres hypothetischen Charakters vollumfänglich zu beantworten. Gewisse Tendenzen lassen dabei jedoch eine Vermutung dahingehend zu, dass für die Medizintechnik auch zukünftig erhebliches Wachstumspotenzial besteht.

So ist davon auszugehen, dass zum Beispiel aufgrund des demografischen Wandels und einer in diesem Zuge wachsenden Anteils älterer Bevölkerungsgruppen die Nachfrage nach Medizinprodukten weiter steigen wird.

Dabei ist die Medizintechnik eine hochinnovative, forschungsgetriebene Branche. Der Standort Berlin-Brandenburg bietet mit seiner vielfältigen Wissenschafts- und Forschungslandschaft, innovativen Startups sowie der Vielzahl an klinischen Anwendern, wie z. B. die Charité, ein ideales Umfeld für Unternehmen, um gemeinsam innovative und bedarfsgerechte Medizinprodukte zu entwickeln.

Hinzu kommt der steigende Komplexitätsgrad der Produkte und Prozesse, für deren Entwicklung eine branchenübergreifende Zusammenarbeit immer wichtiger wird – vor allem zu den Branchen Optik und Photonik (Sensorik, Lasertechnologien, Quantentechnologien) oder IKT (KI, immersive Technologien, Internet of Medical Things), die mit den jeweiligen Clustern in der Hauptstadtregion stark vertreten sind.

4. Wie stellt sich nach Kenntnis des Senats der Betroffenheitsgrad der MedTech Branche in Berlin infolge der multiplen Krisen aktuell dar – Lieferkettenproblematik, Energiepreisentwicklung sowie Regulierungen auf EU-Ebene?

Zu 4.: Grundsätzlich lässt sich der BVMed Herbstumfrage 2022 zufolge feststellen, dass „*dramatisch steigende Transport-, Rohstoff- und Energiekosten*“ ein wesentlicher Faktor für verzeichnete Gewinneinbrüche der MedTech Branche in den vergangenen Jahren darstellen.

Dem Berliner Senat liegen Erkenntnisse vor, denen zufolge von einer hohen bis sehr hohen Betroffenheit der Branche auszugehen ist. Diese ergeben sich durch Herausforderungen rund um die Themen Lieferketten, Energiepreise und EU Regulierungen. Im Einzelnen sind dies für (Grad der Betroffenheit)

- Lieferketten (hoch)
  - o durch unterbrochene (globale) Lieferketten sowie Preissteigerungen bei Lieferanten,
  - o Beschaffungsprozess bindet zunehmend Ressourcen in den Unternehmen,
  - o durch das Wegbrechen von Lieferanten muss z. T. auf neue Lieferanten / Komponenten zugegriffen werden, was wiederum Auswirkungen auf die Zulassung der Produkte (Regulatorik) hat.

- Energiepreise (hoch)
  - o steigende Kosten: Energiepreisminderungen könnten die steigenden Kosten beim Energieverbrauch z. T. abfedern und ermöglichen wieder mehr Planungssicherheit,
  - o Kostensteigerung bei Zulieferprodukten.
- EU Regulierungen (sehr hoch)
  - o der hohe bürokratische, personelle, finanzielle und zeitliche Aufwand bei der Zertifizierung hemmt Innovationsprozesse und reduziert z.T. Produktportfolios,
  - o Ressourcendefizite bei den benannten Stellen,
  - o hohe Nachfrage nach qualifiziertem Personal für Regulatory Affairs in Unternehmen.

5. Im Rahmen der regulatorischen Neuerungen auf EU-Ebene wird ein mögliches Verbot der Chemikaliengruppe PFC (PFAS)<sup>5</sup> diskutiert (die Konsultationsphase endet im September 2023); mit welchen Auswirkungen für den Standort Berlin? Inwiefern wurden nach Kenntnis des Senats die betroffenen Verbände in den Prozess (Entscheidung zum PFAS-Verbot) einbezogen?

Gab es zum geplanten Verbot der PFAS-Chemikalien einen Austausch bzw. Treffen des zuständigen Berliner Senats mit Vertretern aus Wirtschaft und Forschung?

Welche Interventionsmöglichkeiten gibt es auf Landesebene, um in der – PFAS-Angelegenheit auch die Perspektive von MedTech-Unternehmen einzubeziehen/zu berücksichtigen?

Zu 5.: In Berlin sind gegenwärtig ca. 200 Unternehmen als Medizintechnikhersteller registriert, insbesondere aus dem kleinen und mittelständischen Bereich. Welcher Anteil davon PFAS-Materialien verwendet oder diese in seine Produkte einbringt, ist nicht bekannt.

Der aktuelle EU-Rechtssetzungsvorschlag zum PFAS-Verbot wurde am 07.02.2023 von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) veröffentlicht und befand sich vom 23.03.-25.09.2023 in einer öffentlichen Konsultationsphase. Der Verordnungsentwurf sieht für die Medizinprodukte, für die noch keine Ersatzmaterialien zur Verfügung stehen (z.B. Implantate, Wundbehandlungsmaterial, Katheter, In-vitro-Diagnostika, Kontaktlinsen; Verpackungsmaterialien), eine Verbotsausnahme von zwölf Jahren vor. Damit soll den Herstellern Zeit gegeben werden, entsprechende Ersatzmaterialien zu entwickeln.

---

<sup>5</sup> PFC ist die Abkürzung für die Stoffgruppe der *per- und polyfluorierten Chemikalien*, auch als PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) bezeichnet. Auf Initiative von Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Norwegen bei der EU-Chemikalienagentur ECHA einen entsprechenden Vorschlag eingereicht, die sogenannten PFAS in der Europäischen Union (EU) ganz überwiegend zu verbieten. Dabei geht es um eine Gruppe von über 10.000 künstlich hergestellter Stoffe, deren Stoffidentitäten derzeit noch nicht vollständig bekannt sind. Deren besonderen technischen Eigenschaften, Langlebigkeit und Widerstandsfähigkeit, die die jedoch über Jahrzehnte nicht abgebaut und deshalb auch Ewigkeits-Chemikalien genannt werden und im Verdacht stehen, krebserregend zu sein.

Das geplante PFAS-Verbot betrifft europaweit alle Medizinproduktehersteller; spezifische Auswirkungen für den Standort Berlin bestehen nach Kenntnis des Senats nicht.

Durch das öffentliche Konsultationsverfahren wurde den betroffenen Medizintechnikverbänden als interessierten Kreisen (sog. Stakeholder) die Möglichkeit gewährt, sich aktiv an der Diskussion über das PFAS-Verbot zu beteiligen und ihre Bedenken, Kritikpunkte und mögliche Probleme einzubringen. Darauf hat auch das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) die deutschen Medizintechnikverbände u.a. in einer eigens dazu einberufenen Besprechung rechtzeitig hingewiesen und diese ermutigt, die Möglichkeit der Teilhabe zu nutzen.

Bei dem von der ECHA geplanten PFAS-Verbot handelt sich um ein europäisches Vorhaben, das verschiedene Bereiche des menschlichen Lebens betrifft (z.B. Chemikaliensicherheit, Umweltschutz, wirtschaftliche Aspekte, Gesundheit). Da die EU-Mitgliedstaaten das Gesetzgebungsverfahren mitgestalten, sind ein produktiver Austausch und eine intensive Abstimmung der beteiligten Ministerien auf Bundesebene von Nöten. Die Länder ihrerseits haben auf Bundesratsebene die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen und Gehör zu verschaffen.

So ist auch bereits in der 676. Sitzung des Gesundheitsausschusses des Bundesrats erfolgt, als die Länder gemeinschaftlich dem von dem Freistaat Bayern eingebrachten Antrag „Entschließung des Bundesrats - PFAS-Regulierung mit Augenmaß“ (BR-Drs. 326/23) zustimmten. Dieser wird vorbehaltlich der Annahme durch den Bundesrat der Bundesregierung und auch der Europäischen Kommission direkt zugeleitet.

Darüberhinausgehend wurde über die Informationskanäle von Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie (u.a. des Onlineauftritts „Health Capital“, darunter Newsletter, Website, Social Media) in den letzten Monaten regelmäßig sowohl zum Thema PFAS als auch über Beteiligungsmöglichkeiten am Konsultationsverfahren der EU durch Unternehmen informiert.

6. Welche Rolle spielen weitere gesetzgeberische Maßnahmen auf Bundesebene bzw. welche (unerwünschten) Auswirkungen sind auf der Medizintechnologie-Branche im Rahmen der geplanten Krankenhausreform zu erwarten? Wie erfolgt beispielsweise die Vergütung bzw. Finanzierung von Medizinprodukten zukünftig?<sup>6</sup>

Zu 6.: Die Überlegungen von Bund und Ländern zur Krankenhausreform sind noch nicht abschließend erfolgt.

---

<sup>6</sup> [BVMed-Kurzposition zur geplanten Reform der Krankenhausvergütung](#): Finanzierung von Medizinprodukten zur Sicherstellung der Patientenversorgung. (Juni 2023)

Auswirkungen auf die Branche der Medizintechnik sind daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschätzbar. Die geplanten Regelungen zur Krankenhausreform werden die Art der Behandlungsvergütung verändern, die Bezahlung der Rechnungen von Medizinprodukteherstellern und –lieferanten ist dabei nicht berührt.

Die Einführung einer Vorhaltepauschale, die der Bundesverband Medizintechnologie e.V. in seiner Kurzposition thematisiert, dient in erster Linie der Absenkung von Einflüssen ökonomischer Anreize in der Behandlung von Patientinnen und Patienten.

Eine Absicht zur Reduzierung von Behandlungskosten, sodass sich die Versorgung von Patientinnen und Patienten qualitativ verschlechtern könnte, ist dem Senat in diesem Rahmen gänzlich unbekannt und wäre nicht akzeptabel.

7. Welche Auswirkungen (positive wie negative) sind auf die Branche im Rahmen des Gesundheitsdatennutzungsgesetzes sowie des Digital-Gesetzes zu erwarten?

Zu 7.: Bis zum Abschluss der Gesetzgebungsverfahren der zur ersten Beratung im Bundesrat anstehenden Entwürfe der Bundesregierung für ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz sowie ein Digital-Gesetz sind keine Auswirkungen auf die Medizintechnologie-Branche zu erwarten.

8. Welche wirtschaftspolitischen Ziele verfolgt der Senat in dieser Legislaturperiode und darüber hinaus, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen der MedTech Branche in Berlin zu verbessern, sodass sich die medizintechnologische Wertschöpfung am Standort Berlin voll entfalten kann?

Zu 8.: Der Berliner Senat beabsichtigt, die Gesundheitswirtschaft in der Metropolregion weiter zu stärken. Dies umfasst auch die Rahmenbedingungen für die Medizintechnologie wie zum Beispiel die weitere Verbesserung des regulatorischen Umfeldes im Land Berlin. Der Berliner Senat arbeitet fortlaufend daran, die Rahmenbedingungen für die gesamte Gesundheitswirtschaft, darunter auch jene der Medizintechnikbranche, im Sinne einer weiteren Stärkung Berlins und der Hauptstadtregion als national wie international führender Gesundheitsstandort noch weiter zu verbessern.

9. Inwiefern sieht der Senat des Weiteren die Notwendigkeit, bessere Anreize zu setzen, um die Medizintechnikbranche zu stärken und sofern zutreffend, welche wären diese konkret? Welche Entlastungen durch (den Bund und) das Land Berlin sind ggf. geplant?

Zu 9.: Die Antwort auf den ersten Teil der Frage („bessere Anreize“) wurde in Frage 8 bereits beantwortet. Zum zweiten Teil der Frage („Entlastungen“) liegen dem Berliner Senat keine Erkenntnisse vor.

Berlin, den 12. Oktober 2023

In Vertretung

Dr. Severin F i s c h e r

.....

Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe